

## **Stellungnahme zum Bericht der Bundesministerin Gehler an den Ministerrat zur Vollrechtsfähigkeit der Universitäten**

(Alan Scott, Institut für Soziologie)

Eine vernünftige Universitätsreform in Richtung großer Autonomie wäre zu begrüßen, da Entscheidungen 'von oben' oft willkürlich und ressourcenverschwenderisch erscheinen. Mein Institut z.B. hat die Kapazität eine Studienrichtung zu betreiben, 'darf' aber nicht aus Gründen die mir unklar bleiben. Das dämpft die Initiative von Seiten der Institute, Fakultäten und Universitäten und entmotiviert oder demoralisiert sogar. Eine Lockerung der Kontrolle kombiniert mit klaren Richtungsanweisungen (das Ministerium will x oder y) würde aufgestaute Energien freisetzen, und die Universitäten wären schlecht beraten so einen Vorschlag abzulehnen. Was wir hier serviert bekommen haben ist aber nicht das was man so schön auf English 'joined up government' nennt - also eine Politik mit klarem Zusammenhang und expliziten Zielen ('Qualität', 'Weltklasse', 'Flexibilität' usw. dienen als inadäquater Ersatz). Der Versuch, ein neues System einfach aufzudrängen, wird bloß eine Bunkermentalität erzeugen. 'Widerstand' wird dann mit noch härteren Maßnahmen und Äußerungen begegnet, usw. Das Modell selbst ist ein Managementmodell der 80-iger Jahre, das sich - z.B. in den Universitäten Großbritanniens - nicht sonderlich bewährt hat und von dem man langsam abkommt. Es wäre zielführender, wenn das Ministerium seine Wünsche klar und Ressourcen frei machte - z.B. durch Ausschreibungen - für Institute, usw., die darauf eingehen, also mehr wie ein Forschungsförderungsfond agierte. Das wäre weder ein reiner 'Konsensweg' noch ein Konfliktkurs. Jetzt sind sie vom ersten auf den zweiten kurz umgeschwenkt ohne etwas anderes auszuprobieren. Die Vorteile der vorgeschlagenen Vorgangsweise sind: (i) sie ist erheblich billiger als der Verwaltungsapparat, den sie ansonsten an jedem Universitätsstandort aufbauen müssen; (ii) die Universitäten hätten dann die Chance, sich eine eigene Strategie auszudenken und würden daher weniger 'defensiv' reagieren; (iii) das Ministerium würde ein gewisses Maß an Kontrolle beibehalten, indem es gewünschtes Verhalten belohnt, ohne dass es jedes kleine Detail bürokratisch prüfen müsste - was es verständlicherweise nicht mehr will. 'Virtual Governance' oder 'Governance auf Distanz' wäre besser als altmodisch- bürokratische Herrschaft oder (nicht mehr modische) Herrschaft durch Manager.